

Amt der Vorarlberger Landesregierung
Abteilung Umwelt- und Klimaschutz (IVe)
Fachbereich Abfallwirtschaft

Römerstraße 15
6901 Bregenz

„Errichtung und Betrieb einer Energiezentrale mit KWK-Anlage (Kraft-Wärme-Kopplung) sowie eines Reservekessels in Frastanz“

Als ein nach § 19 Abs.7 UVP-G 2000 anerkannter Umweltschutzverein bringen wir folgende Stellungnahme ein:

Nach dem Studium der veröffentlichten Unterlagen und dem Besuch verschiedener Infoveranstaltungen befürchtet der **AlpenSchutzVerein** folgende negativen Auswirkungen auf die Natur, sowie auf die Sicherheit und Gesundheit der Bevölkerung im Umfeld der geplanten Anlage.

- Durch den Bau dieser geplanten Anlage mit einer Kapazität von 122t/a entsteht im Umfeld eines dicht besiedelten Raumes Rheintal/Walgau neben Buchs in einer Entfernung von 12km Luftlinie eine zweite Müllverbrennungsanlage mit ihren schädlichen Emissionen für Mensch, Tier und Umwelt.
- Aus unserer Sicht besteht für die Vorarlberger Bevölkerung kein Bedarf für eine solch überdimensionierte Müllverbrennungsanlage, da unser Müll ja wie in der Vergangenheit in Buchs verbrannt werden kann. Daher stellt sich für uns die Frage, ob es im überwiegenden Interesse der Vorarlberger Bevölkerung sein kann, wenn ein gewinnorientiertes Unternehmen auf Kosten der Gesundheit dieser Menschen ihren Profit maximiert.
- Wir vertreten auch die Meinung, dass eine öffentliche Aufgabe wie die Verarbeitung des Vorarlberger Mülls (Wertstoffe) auch von der öffentlichen Hand (z.B. Gemeindeverband) wahrgenommen werden muss (siehe Müllverbrennungsanlage Buchs)
- Wir fragen uns auch, warum eine solch einträgliche Investition und deren Profit einem privaten Unternehmen zugestanden wird. In Anbetracht der finanziellen Situation der Vorarlberger Gemeinden ist dies absolut kontraproduktiv.
- Dieses Projekt in privaten Händen macht uns erpressbar. Wie schon heute mit der indirekten Drohung von Arbeitsplatzverlusten und sogar für die Abwanderung des Unternehmens ins Ausland, steht diese indirekte Drohung auch bei den Preisverhandlungen in der Zukunft immer im Raum, denn der Profit des Unternehmens muss ja gesichert werden, um eine mögliche Schießung oder Abwanderung zu verhindern. Dies bietet möglicherweise immer wieder ein gewisses Erpressungspotential.
- Ein gewinnorientiertes Unternehmen wird vermutlich immer nur die gesetzlichen Mindestvorgaben einhalten um die Anlage profitabel betreiben zu können. Von der Landesregierung erwarten wir aber die Umsetzung des Vorsorgeprinzips für die Gesundheit der Bevölkerung. Wir alle wissen, dass aus diesem zukünftigen Kamin Giftstoffe in die Umwelt emittiert werden. Die Landesregierung ist für die Gesundheit der Bevölkerung verantwortlich und nicht für den Profit eines privaten Investors. Daher muss sie bestrebt sein, die

Abgasfilterung jeweils auf dem neuesten Stand der Technik zu garantieren. Wir sind der Meinung, dass dies in Buchs besser garantiert ist, als in der geplanten Anlage.

- Reine, schadstofffreie Luft ist ein hohes Gut, auf das unbedingt geachtet werden muss. Die Anzahl der vorzeitigen Todesfälle durch Luftschadstoffe ist jetzt schon sehr hoch und wird in Österreich mit 6.100 Todesfällen pro Jahr beziffert.
- „Luft ist unser wichtigstes Lebensmittel. Was wir einatmen, hat großen Einfluss darauf, ob wir gesund bleiben oder krank werden. Feinstaub und Stickstoffdioxid können Atemwege schädigen, Herz-Kreislauferkrankungen und auch Schlaganfälle auslösen. Die bestehenden Grenzwerte sind zu hoch“, weist VCÖ-Expertin Mosshammer auf die neuen Richtwerte der Weltgesundheitsorganisation WHO hin.
- Wir sorgen uns auch um die zusätzliche Belastung der bereits kontaminierten Böden mit PFAS. Für diese Ewigkeitschemikalien gibt es scheinbar bis heute keine Abgasgrenzwerte für Müllverbrennungsanlagen. Unter der Annahme, dass diese PFAS geringer emittiert werden, je höher die Verbrennungstemperatur ist, dann müssen wir mit einer kumulierenden Vergiftung unserer Böden und in weiterer Folge auch der in der Region angebauten Lebensmittel rechnen. Dies widerspricht dem Vorsorgeprinzip und liegt garantiert nicht im überwiegenden öffentlichen Interesse.
- Erschwerend kommt noch die Tatsache hinzu, dass wir mit dem Import von tausenden Tonnen Müll aus dem Ausland nicht nur sogenannte Brennstoffe ins Land holen, sondern auch die emittierten Schadstoffe und Gifte. Auch das damit importierte CO₂ verbessert nicht unsere CO₂ Bilanz.
- Mit dem Wissen, dass der Walgau über viele Tage im Jahr eine Inversionswetterlage aufweist, ist der Standort Frastanz um vieles ungünstiger, als der Standort Buchs im viel breiteren Rheintal. Wenn sich die emittierten Giftstoffe bei einer mehrtägigen Inversionswetterlage täglich kumulieren, werden sicher in den Gemeinden und Orten in den Hanglagen des Walgau die Werte gesundheitsschädliche Grenzen erreichen. Damit würde das Land Vorarlberg bei Genehmigung der eingereichten Anlage den Profit eines privaten Unternehmens höher werten, als die Gesundheit ihrer Bevölkerung. Dies kann nicht im überwiegenden Interesse der Bevölkerung liegen.
- Wir wissen heute nicht, von wo der importierte Müll angeliefert wird. Auf jeden Fall bedeutet dies enorm lange Anfahrtswege mit dem entsprechenden CO₂-Ausstoß und eine nicht unerhebliche Anzahl von Schwerverkehrsfahrten. Auf der eine Seite soll durch eine viel zu teure Tunnelspinne der Verkehr optimiert werden, auf der anderen Seite wird der Schwerlastverkehr durch diese unnötigen Mülltransporte gepuscht. Die Müllverbrennungsanlage Buchs liegt in der Region und soll auch zukünftig den Müll der Region verbrennen.
- Die Geruchsbelastung der umliegenden Gemeinden darf auch nicht unerwähnt bleiben. Wenn sie dem Rhein entlang nach Vaduz radeln, können sie die Müllverbrennungsanlage sogar gegen den Wind riechen. Zwei Anlagen würden auch die doppelte Geruchsbelastung bedeuten.

Diese Auflistung der negativen Auswirkungen könnte noch weitergeführt werden.

Daher sprechen wir uns deutlich gegen die Genehmigung dieser überdimensionierten Müllverbrennungsanlage aus.

Wir hoffen jedoch, dass das laufende UVP-Verfahren all diese negativen Einflüsse auf Natur und Menschen im Sinne des überwiegenden öffentlichen Interesses der Bevölkerung würdigt und somit das eingereichte Projekt nicht genehmigt wird.

Erich Zucalli

1. Vorsitzender

AlpenSchutzVerein für Vorarlberg

Im Äuele 27

6850 Dornbirn

erich.zucalli@alpenschutzverein.at

0676 9419 383